

Aus dem englischen Original: <http://www.socialeurope.eu/2015/06/what-is-reform-the-strange-case-of-greece-and-europe/>

übersetzt von Phillipp Heimberger

Was heißt da Reform? Der seltsame Fall Griechenlands und Europas

James Galbraith (15.6.2015)

Weshalb die Forderungen der Gläubigerseite die griechische Krise nur prolongieren würden

Auf unserem Rückweg aus Berlin am letzten Dienstag merkte der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis mir gegenüber an, dass die derzeitige Verwendung des Wortes „Reform“ seinen Ursprung in der mittleren Periode der Sowjetunion habe, bemerkenswerterweise unter Krushchev, als die Modernisierung der Wissenschaften darauf abzielte, Elemente von Dezentralisierung und Marktprozessen in ein sklerotisches Planungssystem einzuführen. Zu dieser Zeit, als der amerikanische Kampf sich um Rechte drehte und einige EuropäerInnen immer noch von der Revolution träumten, wurde „Reform“ im Westen kaum in den Mund genommen. Heute, nach einer seltsamen Wendung hin zu verstärkter Konvergenz, ist es jedoch die Lieblingsparole der herrschenden Klasse.

Das Wort „Reform“ ist von zentraler Bedeutung im Tauziehen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern. Ein weiterer Schuldenerlass könnte möglich sein – aber nur, wenn die Griechen sich verpflichten, „Reformen“ umzusetzen. Aber welche Reformen und mit welchem Ziel? Die Medien haben sich generell um das Wort Reform im griechischen Kontext herumgeschwindelt, als gäbe es weit verbreitete Übereinstimmung über seine Bedeutung.

Die spezifischen Reformen, die von Griechenlands Gläubigern verlangt werden, sind eine sonderbare Mischung. Sie zielen darauf ab, den Staat zu verkleinern; in diesem Sinn sind sie „marktorientiert“. Aber andererseits sind sie weit davon entfernt, Dezentralisierung und Diversität zu fördern. Ganz im Gegenteil arbeiten sie daran, lokale Institutionen zu zerstören und ein einziges Politikmodell über ganz Europa zu stützen, wobei Griechenland nicht hinterherhinkt, sondern die Avantgarde bildet. In diesem anderen Sinn sind die Vorschläge der Gläubiger totalitär; obwohl der philosophische Vater des „Reformgedankens“ Friedrich von Hayek ist, muss – um der Sache eine unfeine Note zu geben – Stalin als sein politischer Vorfahre angesehen werden.

Die moderne europäische Version des Marktstalinismus hat – soweit sie Griechenland betrifft – drei zentrale Eckpfeiler. Der erste Pfeiler betrifft die Pensionen, der zweite die Arbeitsmärkte, und der dritte die Privatisierungen. Dann gibt es noch die alles überspannenden Fragen der Steuern, der Austeritätspolitik und der Schuldentragfähigkeit, auf die wir später noch zu sprechen kommen werden.

Hinsichtlich der Pensionen fordern die Gläubiger, dass rund ein Prozent des BIP *noch in diesem Jahr* gekürzt werden müsse, und das in einem Land, in dem die Höhe der Pensionen in ungefähr der Hälfte der Fälle unter der Armutsgrenze liegt. Die spezifische Forderung lautet, dass rund 120 Euro von jenen Pensionen eingespart werden sollen, die im Monat 350 Euro oder sogar weniger ausmachen. Die griechische Regierung antwortet darauf, dass – auch wenn das Pensionssystem natürlich reformbedürftig ist –, Reformen nur schrittweise und unter der Maßgabe der Einführung eines effektiven Arbeitslosenversicherungsschemas eingeführt werden können.

Auf den Arbeitsmärkten haben die Gläubiger kollektive Lohnverhandlungen und Mindestlöhne bereits nahezu vollständig eliminiert. Die griechische Regierung weist darauf hin, dass dies dazu führt, dass die Arbeitenden nicht angemeldet werden, weshalb für sie auch keine Pensionsbeiträge eingezahlt werden, was wiederum das Funktionieren des gesamten Pensionssystems unterminiert. Der griechische Vorschlag lautet, ein neues kollektives Lohnverhandlungssystem aufzubauen, das die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfüllt.

Betreffend das Thema Privatisierungen fordern die Gläubiger den Ausverkauf von Flughäfen, Schiffshäfen und Elektrizitätswerken, zusammen mit anderen Vermögenswerten, und dass der Verkaufsprozess noch dazu möglichst rasch abgewickelt werden müsse. An dieser Stelle bezieht sich der griechische Einwand nicht darauf, dass Vermögenswerte nicht durch private oder ausländische Hände verwaltet werden dürften, sondern darauf, dass die Vermögenswerte nicht zu billig, ohne das Knüpfen von Verkaufsbedingungen sowie ohne das Erhalten eines staatlichen Eigentumsanteils abgestoßen werden sollten. Deshalb hat die Regierung im Zuge der laufenden Privatisierung des Hafens von Piräus an die chinesische Firma Cosco darauf bestanden, dass ein Investitionsplan vorgelegt und Arbeitsrechte eingehalten werden müssen. (Im Sinne einer Vervollkommnung der post-modernen Wandlung der Sprache muss also eine linke Regierung in einem kapitalistischen Land einem multinationalen Unternehmen aus einem kommunistisch geführten Land Gewerkschaftsrechte aufzwingen.)

Wenn wir uns der Frage der Steuern zuwenden, fordern die Gläubiger eine starke Anhebung der Mehrwertsteuer, die jedoch bereits einen Spitzensteuersatz von 23 Prozent aufweist. Neben anderen Dingen würde die Last auf Medikamente (und damit auf die Älteren) und auf spezielle Steuersätze fallen, die für griechische Inseln gelten (ca. 10 Prozent des Landes, gemessen an der Bevölkerung), wo der Großteil des Tourismus vorherrschend ist und wo die Kosten sowieso bereits höher sind. Die Regierung streicht heraus, dass Steuererhöhungen im Tourismus die Wettbewerbsfähigkeit verringern, und dass der Gesamteffekt der erhöhten Steuerlast dazu führen wird, dass die ökonomische Aktivität reduziert wird, was wiederum das Schuldenproblem vergrößert. Deshalb wird stattdessen ein verschärfter Steuervollzug gebraucht; eine Reduktion der Mehrwertsteuerhinterziehung könnte es relativ leicht möglich machen, die Steuersätze zu reduzieren.

Was den Vorschlägen der Gläubiger völlig abgeht, sind – nun ja – *Reformen*. Pensionskürzungen und Steuererhöhungen sind keine Reform; sie tragen nichts zur Belebung der ökonomischen Aktivität und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Panikartige Privatisierungen können in räuberische private Monopole münden, wie jeder in Lateinamerika oder Texas lebende Mensch bezeugen könnte.

Arbeitsmarktderegulierung liegt ganz in der Natur eines unethischen Experiments, des Aufzwingens von Schmerzen als Therapieform, wie selbst die internen Aufzeichnungen des IWF bis zurück ins Jahr 2010 bestätigen. Niemand kann behaupten, die Lohnkürzungen brächten Griechenland in einen fruchtbaren Wettbewerb für Jobs in der Herstellung handelbarer Güter mit Deutschland oder Asien. Stattdessen werden alle GriechInnen mit wettbewerbsfähigen Qualifikationen das Land verlassen.

Eine ernst gemeinte, echte Reform ist ein Prozess, der Zeit, Geduld, Planung und Geld braucht. Pensionsreform und Sozialversicherung, moderne Arbeitsrechte, vernünftige Privatisierungen und effektive Steuererhebung sind Reformen. Ebenso Maßnahmen, die sich auf die Modernisierung des öffentlichen Sektors, des Justizsystems, des Steuervollzugs, der Erhebung von statistischen Daten und auf andere Dinge beziehen, über die im Grundsätzlichen Einigkeit herrscht, und welche die griechische Regierung rasch umsetzen würde, wenn die Gläubiger es erlauben – was sie bislang aus verhandlungstaktischen Gründen nicht tun. Auch ein Investitionsprogramm wäre zu den Reformen zu zählen, das jene hochentwickelten Dienstleistungen in den Vordergrund rückt, die zu erbringen Griechenland bestens geeignet wäre, was das Gesundheitswesen, die Altenpflege, das höhere Bildungssystem, Forschung und die Künste einschließt. Voraussetzung ist es, anzuerkennen, dass Griechenland keinen Erfolg haben kann, indem es versucht, genau so zu sein wie andere Länder – es muss andersartig sein – ein Land mit kleinen Geschäften, kleinen Hotels, hohen kulturellen Ansprüchen, und offenen Stränden. Eine Schuldenrestrukturierung, die Griechenland zurück an die Märkte bringen würde (und ja, das wäre machbar, die Griechen haben einen Vorschlag vorgelegt, um es zu bewerkstelligen), wäre ebenfalls in jeder vernunftbegabten Betrachtungsweise als Reform zu werten.

Das klare Ziel des Gläubigerprogramms ist deshalb *keine* Reform. Es geht vielmehr darum, die Bemühungen zur Schuldeneintreibung im Angesicht des ganzen Desasters noch zu verstärken. Pensionskürzungen, Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und der Ausverkauf von öffentlichen Vermögenswerten werden unter dem magischen Gedanken forciert, dass die griechische Wirtschaft *trotz* der Steuerlast, sinkender Kaufkraft und des Einverleibens der Profite aus Privatisierungserlösen durch die Gläubiger zur Erholung ansetzen werde. Die Magie ist jedoch bereits fünf Jahre lang getestet worden, ohne Erfolg für Griechenland. Gerade deswegen ist die griechische Wirtschaftsleistung seit 2010 um 25 Prozent eingebrochen, statt wie prognostiziert nach dem Bailout zur Erholung anzusetzen, wobei ein Ende der wirtschaftlichen Depression nicht in Sicht ist. Deshalb ist auch die Schuldenlast von 100 Prozent des BIP auf 180 Prozent hinaufgeschneit. Aber dieses Versagen im Falle Griechenlands einzugestehen wäre gleichbedeutend mit einer Infragestellung des gesamten europäischen Politikprojekts und jenen EntscheidungsträgerInnen, die es zu verantworten haben.

Vor diesem Hintergrund bleibt es beim Patt in den Griechenlandverhandlungen. Eigentlich ist es nicht wirklich ein Patt, weil die GriechInnen unter extremem Druck stehen. Entweder stimmen sie den Forderungen der Gläubiger zu, oder sie könnten es erleben, dass ihre Banken zusperren müssen, wodurch sich Griechenland aus dem Euro gedrängt sähe, mit höchst zerstörerischen Konsequenzen zumindest in der kurzen Frist. Die Gläubiger wissen das. Deshalb drücken sie Griechenland immer weiter gegen die Wand – indem sie niemals ihre Positionen ändern, während sie sich darüber beklagen, dass die griechische Seite nicht hart genug an einer Lösung arbeite. Und während die

GriechInnen Schritt für Schritt an Terrain gewinnen, erhöhen die Gläubiger einfach immer weiter den Druck.

Es ist dies die hässliche Dynamik von Verhandlungen unter Zwang, zwischen einer starken Partei und einer schwachen, was in diesem Fall noch durch den Umstand verkompliziert wird, dass die Gläubigerseite keine geeinte Führung hat, und deshalb auch niemand da ist – außer Angela Merkel übernimmt letztlich doch noch diese Rolle –, der vernünftige Zugeständnisse machen und eine für beide Seiten akzeptable Einigung erzielen könnte. Deshalb verengen sich die Wahlmöglichkeiten immer weiter. Entweder wird die griechische Regierung zu viele Zugeständnisse machen, ihre Unterstützung verlieren und darunter zusammenbrechen, wobei in diesem Fall – egal ob das Endresultat eine weitere Periode der Zwangsverwaltung oder ein Aufstieg der rechtsextremen Goldenen Morgenröte wäre – die Demokratie in Europa am Ende wäre. Oder den GriechInnen wird es doch noch ermöglicht, ihr Schicksal – unter enormen Risiken und Kosten – selbst in die Hand zu nehmen, und auf Unterstützung zu hoffen, wo sie auch herkommen mag.